

Berliner Tageblatt



Nr. 511

Chief-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 28. Oktober 1925

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Vor einem neuen Kabinett Painlevé.

Erweiterung des Kabinetts nach links.

Die Stimmung in der Kammer. — Caillaux' Wunsch eo. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 28. Oktober. Der Präsident der Republik hat heute vormittag seine Unterredungen mit politischen Persönlichkeiten fortgesetzt. Wie bereits angekündigt, empfing Doumergue zuerst um 9 1/2 Uhr den Vorsitzenden der sozialistisch-radikalen Fraktion der Kammer, Cazals. Nach ihm empfing der Senator Dauffet, dessen Rat er finanziellen Fragen gerufen wird. Außerdem empfing der Präsident der Republik unter anderem den Senator Chéron, den Vorsitzenden der rechtsstehenden Senatsgruppe, zu der Pointeaux und Millereux gehören, sowie den Sozialistenführer Léon Blum.

Das Demissionsgeschäft, das die Minister der Regierung Painlevé unterzeichnet haben, beginnt mit dem Ende. Da sich im Ministerial-Meinungsverschiedenheiten über die allgemeine Politik ergeben haben, hat die Regierung den Beschluß gefaßt, zurückzutreten. Die Regierung hat also als Grund des Widerrufs nicht Differenzen über die Finanzpolitik angegeben, sondern nur herausgehoben, daß die Arbeit der Regierung auch durch Schwierigkeiten an der Arbeit unermüßlich gemacht worden sei. Es sind noch guten Informationen anzunehmen, daß es vielleicht möglich gewesen wäre, eine Einigung der Minister über die letzten Vorschläge Caillaux' herbeizuführen, aber die Minister haben in ihren Beratungen die Lebensjahre gewonnen, eine sichere Mehrheit der Kammer für ein Kabinett, dem die Sozialisten ihre Unterstützung verweigerten, nicht finden zu können. So stand es bereits am Montag, als die Regierung zurücktreten würde. Die Kammer hat die Sitzung des Differenz-Kabinetts nicht als ein Minister mit halber Autorität präsidieren zu lassen und die Absicht Painlevé's, sich mit Herriot über die Lage abzusprechen, haben die Mitteilung der bereits getroffenen Entscheidung verzögert. Die Krise wurde erwartet und sie war unvermeidlich geworden. Der Präsident der Republik hat die Absicht, sie so rasch wie möglich zu beenden, und wird wahrscheinlich bereits heute abend den neuen Ministerpräsidenten gefunden haben. Heber die Verlosung dieses neuen Kabinetts bezieht die den informierten Parlamentarier sein. Herriot, Briand, Weyl und der Senator Weygand werden dem Präsidenten Doumergue Painlevé als den geeignetsten Mann bezeichnen, und der Vorsitzende der sozialistisch-radikalen Kammergruppe, Cazals, der heute als erster zur Beratung ins Büro gerufen wurde, hat erklärt, daß auch er der gleichen Ansicht sei. Painlevé wird also wohl heute der Nachfolger Painlevé's werden, vorausgesetzt, daß nicht ein Zwischenfall diese Entwicklung aufhält. Doumergue hat bereits erklärt, daß er eine Verlesung der Linken wünsche. Da Herriot seine Stunde noch nicht für gekommen hält, und Briand, wie er gestern lächelnd sagte, ein 'Vance' nicht wagt, ist Painlevé's Wahl wohl ziemlich sicher, besonders da der Ministerpräsident vom Parlament sein Mißtrauensvotum erhalten hat.

Wenn Painlevé die Aufgabe der Regierungsbildung übernimmt, wird er versuchen, das Kabinett nach links zu erweitern. Mehrere Freunde Herriot's werden Fortsetzung erhalten. Falls Painlevé nicht selbst das Finanzministerium übernimmt, soll der Senator Dauffet für dieses Amt in Frage kommen. Es hat jedoch seinen Sinn, alle die Spekulationen anzustellen, die in der Kammer bestanden werden, die nicht über die Kabinettbildung entscheiden, wie wird das Parlament ein neues, mehr nach links orientiertes Ministerium annehmen? Der politische Leiter des 'Figaro', Lucien Romier, der weiten der nächste Kopf der Opposition, schreibt heute über diese Frage: 'Es wird entweder ein Kampfinstitut gebildet werden, das es mit der Opposition des Senats aufnimmt, auf die Gefahr hin, die Reaktion im Lande zu stärken; oder ein Kabinett, das vom Senat und der Kammer gebildet wird, das aber dann nicht die Antwort heißt, was die unbedingte nötigen energiegelassen Maßnahmen durchzuführen. Beide Lösungen führen schließlich zu dem gleichen Ziel, das sich nicht lange mehr vermeiden läßt: zu einer Auflösung der Kammer und zu Neuwahlen.' Der gleiche Ansicht sind auch andere, dem nationalen Wod nachsehende Zeitungen, während die Wähler der Linken nur von einer lokalen Verständigung der Kartellparteien das Ziel erwarten. Die Kompromissen der 'Victoire' und des 'Echo de Paris' und ähnlicher Organe der Opposition über die 'Stupidität' der Radikalen ('Victoire') und die 'zu dem Standpunkt der Sowjet-herausgehenden Regierung' ('Echo de Paris') sind nicht ernst zu nehmen.

In der Kammer, die gestern abend sehr belebt war wie stets am Vorabend erster Kämpfe, bildete die Kartellparteien fest dazu entschlossen, das Programm des Kongresses von 1923 durchzuführen. Komplexe Moral hat für die Sozialisten erfüllt, daß sie an der Kapitalabgabe festhalten, auch wenn der Senat dagegen sei. Die Sozialistisch-radikalen der Kammer, die Mitglieder der demokratischen Linken in der Kammer einer Besetzung geben, die heute nachmittag stattfinden soll. Die republikanisch-sozialistische Gruppe, zu der Painlevé gehört, hat gestern eine Resolution angenommen, in der umgewunden der unbedingte Anschluß an die Politik des Kartells erklärt wird. Es läßt sich also erwarten, daß die neue Regierung etwas weiter nach links orientiert sein wird. 'Wir wollen hoffen, daß in Deutschland die Regierungskrise sich ähnlich entwickeln wird', schreibt die 'Neue Welt'.
adurche für die Regierung Painlevé's fehlen fast gänzlich, da diese Regierung nicht als bergangen, sondern als in Suspension betrachtet wird. Die wichtigsten Daten seien kurz zusammen-

gestellt. Das Kabinett Painlevé wurde am 18. April dieses Jahres gebildet, nachdem die Regierung Herriot im Senat bei einer Finanzdebatte in der Minderheit geblieben war (22. April). Das erste Kabinett Painlevé hat also sechs Monate und elf Tage regiert. Mehrere wichtige Entscheidungen wurden in dieser Zeit herbeigeführt. Die Einigkeit von Kammer und Senat für das Budget für 1925 wurde hergestellt. Das neue Verwaltungsregime für Elsass und Lothringen wurde angenommen. Die vierprozentige Galtische, die demnach die Hoffnungen enttäuscht hat, wurde beschlossen. Die wichtigsten Ereignisse auf dem Gebiete der äußeren Politik für die Regierung Painlevé sind die freigelegten Bemerkungen in Marokko und Syrien, die noch lange nicht zu Ende sind, und der Abschluß der von Herriot begonnenen Verhandlungspolit durch die Verträge von Locarno. Diese Politik wird, wie im geltenden der bisherige Justizminister de Motzke erklärte, durch die Regierungsänderung nicht beeinflusst werden. Die Verhandlungen mit Amerika und England, die unter Painlevé begonnen wurden, sind nicht zum Abschluß gekommen. Er haben nur den positiven Erfolg gehabt, den Finanzminister Caillaux an der rechtzeitigen Ausarbeitung seiner Pläne für die Finanzreform und die Entzerrung des Staatsschatzes zu verhindern. Der Nachfolger Caillaux' wird seine letzte Arbeit haben. Die nächsten Wochen der französischen Politik werden harte Kämpfe bringen.

Der 'L'uidien' schildert die letzten Minuten des letzten Ministerkabinetts. Die Demission des Kabinetts war einstimmig beschlossen: da Hand plötzlich Caillaux' auf und wandte sich zu Herriot. Er war sehr bewegt und hatte Tränen in den Augen. 'Sie mit uns trennen, will ich Ihnen danken. Painlevé's, sagte er mit bebender Stimme, meine Dankbarkeit für Sie wird niemals sterben. Als er sich aus dem Saal entfernte, um mit ein Portfeuille anzugehen, haben Sie mit die größte Freude meines Lebens gesehen. Sie geben mir eine glänzende Revolution für das Land, das mir geschehen ist. Ich werde immer Sie prägen sein.' Viele Worte des Dankes und Verabschiedung und 'Hinter' Mannes machen einen tiefen Eindruck auf die Minister. 'Nicht niemals hatten sie Caillaux' so bewegt gesehen. Er fand aber bald seine Ruhe wieder. Als er zusammen mit der Menge des Finanzministeriums verließ, lächelte er und bemerkt: 'gute Leute zu zeigen. Er rief den wartenden Journalisten zu: 'Jetzt machen wir Politik, große Politik!'
In den Wählern des Einkommensteuern wird lebhaft dafür agitiert, daß Herriot wenigstens in die neue Regierung Painlevé einziehen soll, da er sich nicht dazu überreden lassen wolle, selbst die Bildung des Kabinetts zu übernehmen. Dieser letzte Vorschlag ist, wie gemeldet berichtet wurde, dem Kammerpräsidenten von Painlevé selbst gemacht worden. Herriot hat abgelehnt. Seine bedeutendsten 'Ceux' und 'Quand' den Führer der Radikalen, an der Regierung teilzunehmen.

Englische Stimmen zur französischen Krise.

Keine Gefährdung des Locarno-Paktes. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 28. Oktober. In hiesigen offiziellen Kreisen verfolgt man mit größter Aufmerksamkeit den Verlauf der Regierungskrise in Frankreich. Man glaubt aber allgemein, daß die Aussicht für die Annahme des Locarno-Paktes, der von der großen Mehrheit der Kammer gebilligt wird, keineswegs gefährdet ist. Besonders in liberalen Kreisen sieht man mit einem gewissen Bedauern Caillaux' scheitern, und die 'Manchester Guardian' meint, es sei sinnlos, den Steuermann über Bord zu werfen, wenn man ihn durch seinen besten ergeben könne. Allerdings ist es unfair, Caillaux' vorzuwerfen, daß er nicht inflexible gewesen sei, über der verweigten Finanzlage Frankreich zu werden, wo jeder Finanzminister vertragen mußte, weil Frankreich überhaupt nicht den Mut habe, die nötigen Opfer zur Stabilisierung des Franc's aufzubringen. Auch der 'Daily Telegraph' meint, es sei klar, daß Caillaux, der zweifellos gehofft habe, mehr zu erreichen, zum mindesten während seiner Amtszeit eine Anzahl gefälliger Lösungen, hinsichtlich der Finanzlage Frankreichs verlor. Jedenfalls habe er von Frankreich nicht den entsprechenden Dank für seinen Mut empfangen, zweifellos werde aber eine Zeit kommen, in der man die von ihm geleistete Arbeit anerkennen werde.

Amerika und der Sturz Caillaux'.

Gunktelegramm unseres Korrespondenten.

Washington, 28. Oktober. Während das Weiße Haus und sonstige Regierungskreise von der Pariser Kabinettskrise keinerlei Veränderung in der äußeren Politik, besonders hinsichtlich Locarno's und der Schuldfrage, erwarten, und vielmehr annehmen, daß Rückstöße Caillaux' keine höchstens die Fundierung beschleunigen, beurteilen die Pariser Kreise die Lage pessimistischer. Namentlich von Herriot wird angenommen, er werde kaum Gite zeigen, die Rechnung mit Amerika abzuwickeln. Eine besondere Äußerung vertritt die 'Washington Post', die sonst häufig das Sprachrohr der Regierung ist. Das Blatt führt den Sturz Caillaux' selbstbewußt ausschließlich auf seine 'zweideutigen Manöver in Washington' zurück und drückt die Hoffnung aus, das Verschwinden des 'Sündens' werde seinem Nachfolger zur Hilfe dienen. Frankreich müsse früher oder später erkennen, daß die Schuldregulierung in seinem eigenen Interesse liege.

Wahlen in der Tschechoslowakei.

Die Vorkehrungen des tschechischen Koalitionsregimes. — Jahresbericht der deutschen Parteien. (Von unserem Korrespondenten.)

Prag, Ende Oktober. Am Tage von Locarno, als im Rahmen des großen europäischen Verständigungsversuches der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš sich Zeichen unter den deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrag setzte, wurden in Prag die beiden Häuser des Reichstages aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Wird das Ergebnis der Wahlen die gegenwärtige Regierung und das derzeitige System bestätigen? Wird der innen- und außenpolitische Kurs, der seit Jahren befolgt wird, von der Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißen werden oder wird aus den Wahlen ein anderes Kräfteverhältnis herorgehen? Es ist keine genaue Prophezei, wenn man sagt, daß der Wahlsieg, der 15. November, kaum nennenswerte Überraschungen bringen, sondern daß im großen ganzen alles beim Alten bleiben dürfte.

Wohl ist die Auflösung des Reichstages vorzeitig, vor Ablauf der Funktionsperiode vorgenommen worden. Das Abgeordnetenhaus, das im Jahre 1920 auf sechs Jahre gewählt worden ist, hätte noch ein Jahr länger tätig sein können, der Senat sogar noch drei Jahre. Dennoch ist die vorzeitige Auflösung keineswegs die Folge einer Krise, noch auch ist die von dem Bund der tschechischen Parteien, die als demokratische Delegationen eines oligarchischen Systems dienen. Seit Jahren befindet sich der Senat in den Händen der aus fünf Parteien gebildeten tschechischen Koalition. Die Hälfte gemäß dem Mehrheitsprinzip das Exekutivorgan, die Regierung; sie besorgte aber, was schon weniger ferret ist, auch die Legislative in eigener Regie. Das höchste maßgebende und entscheidende Organ der Gesetzgebung war keineswegs das Parlament, sondern das Kollegium der Chmänner der Koalitionsparteien, der Rat der Fünf, die 'Pěta', wie ihr informeller tschechischer Name lautete. Nichts durfte vor die Parteien kommen, was nicht vorher die Pěta beraten und festgelegt hatte. Jedes Gesetz, jeder parlamentarische Schritt, jede Stellungnahme mußte zunächst im Ministerial-Kollegium entschieden werden. War eine legislative Maßnahme erforderlich, die von einem oder anderen der Regierungsparteien nicht in den Aram paße, dann wurde so lange an dem Gesetzentwurf geändert, bis ein Kompromiß zustande gebracht war, oder es wurden Kompensationen gegeben, so daß die Partei, die etwas für Unangenehmes schluden mußte, ihren Ungehörigen gleich eine Ertrugungsgleich auf einem anderen Gebiete zeigen konnte. Alles wurde im stillen Kämmerlein erledigt. Kam der Gesetzentwurf ins Plenum des Reichstages, dann war schon jegliche Differenz im Schatz der Koalitionsparteien beseitigt. Die Opposition durfte eine bestimmte, sehr scharf beschränkte Zeit reden, durfte Änderungsanträge stellen. Die Oppositionsvorschläge wurden von der Koalition mit Gite ihrer Mehrheit von etwa vierzig Stimmen abgelehnt und der Koalitionsentwurf angenommen. Im parlamentarischen Leben spielte das Parlament bloß die Rolle einer Abstimmungsmaschine. Es erhielt den Willen vorgeworfen, den die Pěta schon durchgeführt hatte, und den schlichte die Koalition. War der Willen der Pěta zu zäh, so blieb er beiseite; die betreffende Angelegenheit wurde überhaupt nicht erledigt.

Wenn man davon absieht, daß diese oligarchische Herrschaft in der Hauptstadt gegen die nicht-tschechischen Nationalitäten gerichtet war, die das Gros der Opposition bilden, so kann man nicht genug des Kühnenswerten über dieses selbstgefällige Regierungssystem sagen. Kaum irgendwo noch gibt es eine so stramm dirigierten Koalition derart weltenschiedener Parteien, kaum anderswo gelang es, Sozialisten und Bürgerliche, Liberale und Konfessionale, Protestanten und Klerikale, Agrarier und Industrieparteien für so lange Zeit zu einer schlagfesten Einheit zusammenzuschreiben. Das einigende Band war der nationale Gedanke, und man muß offen zugeben, daß das Problem, wie der Staat, dessen Bevölkerung nur zur knappen Hälfte tschechisch ist, als tschechischer Nationalstaat geführt werden soll, von der Prager Koalition vorbildlich gelöst worden ist. Vorbildlich dann, wenn man bloß die allernächste Zukunft in Betracht zieht; denn es liegt auf der Hand, daß der Staat als Organismus nicht ohne Schaden davonkommen kann, wenn alle Regierungshandlungen aus dem engen Gesichtswinkel der nationalen Opportunität getroffen werden müssen.

Die nun vorgenommene vorzeitige Auflösung des Reichstages ist nicht durch eine offene Krise des Koalitionsregimes herbeigeführt worden. Man hat es so weit nicht kommen lassen, daß sich die latente Krise in eine offene verwandte, die anderswo zum Appell an die Wähler führt. Immerhin hat der technische und moralische Zusammenbruch des Koalitionsregimes, der jede weitere Tätigkeit des Reichstages unter Leitung der Koalition unmöglich gemacht hat, die Auflösung herbeigeführt. Je näher der Zeitpunkt des Ablaufs der Funktionsdauer heranrückt, desto schwieriger wurde es, innerlich der Pěta Kompromisse über die parlamentarische Tätigkeit zustandezubringen, immer hartnäckiger wehrte sich jede der Koalitionsparteien gegen Zugeständnisse programmatischer Natur, immer höher wurden die Kompensationsforderungen. Im letzten halben Jahr hat das Parlament nur noch ein kümmerliches Leben geführt. Ein paar nebensächliche Gelegenheitsurteile werden erledigt, aber eine größere legislative Tätigkeit konnte nicht mehr entfaltet werden. Jede der Koalitionsparteien achtete